



An die Verbindungsstelle
der Bundesländer

Wien, 02. Mai 2013

Reform des Finanzausgleichs, Stellungnahme

Sehr geehrte Damen und Herren,

bezugnehmend auf die Besprechung der Finanzausgleichspartner vom 3. April diesen Jahres erlaubt sich der Österreichische Städtebund zu den vorgelegten Studien, in denen er seine grundlegenden Positionen durchaus vertreten sieht, inhaltlich Stellung zu nehmen sowie einige weitere inhaltliche Anmerkungen und Vorschläge hinsichtlich der weiteren prozessualen Vorgehensweise zu machen. Zudem sei auf die bereits erfolgte Stellungnahme vom März 2011 verwiesen.

Zum Inhalt

Das anerkannte Ziel einer verstärkten Konnexität der Aufgaben-, Ausgaben- und Einnahmenverantwortung bedingt nach Ansicht des Österreichischen Städtebundes eine

- **Entflechtung der Kompetenz- und Aufgabenverteilung:** Die vielfachen Doppelgleisigkeiten und Kofinanzierungen bedingen verwaltungsaufwändige Transfers und verwässern Anreize zur effizienten Aufgabenerledigung. Die Runde der FAG-VerhandlerInnen muss solche Strukturen aufzeigen und den zuständigen Gremien Vorschläge zur Entscheidung unterbreiten.
- **Aufgabenorientierung und Reduktion der Transfers:** Die Aufgabenentflechtung muss mit einer Beseitigung von

Kofinanzierungen durch Transfers einhergehen. Bewusst verbleibende Transfers müssen gebündelt und mit klaren Zielvorgaben versehen werden, die periodisch überprüft werden.

Der Österreichische Städtebund bekennt sich zu einem solidarischen Miteinander aller Städte und Gemeinden. Derzeit werden in den diversen Transfers und Umlagen, die zu und von den Kommunen fließen aber verschiedenste Ziele miteinander vermengt, wodurch die Steuerbarkeit verloren geht.

- **Verstärkte Abgabenaufonomie der Kommunen:** Um die Abhängigkeit von externen, wenig zu beeinflussenden Quellen zu reduzieren, ist eine Modernisierung und Stärkung der Gemeinde eigenen Steuern und Abgaben ein unabdingbarer Baustein einer Gesamtreform.
- **Finanzierung:** Ein integraler Bestandteil einer grundsätzlichen Reform ist auch die Auseinandersetzung mit den tatsächlichen Finanzierungsgegebenheiten der Städte und Gemeinden.

Zum weiteren Prozess

Der Österreichische Städtebund strebt einen möglichst effizienten Verlauf der Arbeiten an der grundsätzlichen Reform des Finanzausgleichs an. In einem ersten Schritt muss daher die politische Lenkungsgruppe eine grundsätzliche Einigung der FAG-Partner anstreben, wonach es gilt,

- auch Vorschläge zu Kompetenzbereinigung sowie Fragen der Steuerautonomie der Städte und Gemeinden offen zu diskutieren,
- den Finanzausgleich in seiner Gesamtheit des primären, sekundären und tertiären Finanzausgleichs zu betrachten,
- erhöhte Transparenz, Effizienz sowie Gestaltungsspielraum für die Erfüllung der jeweils eigenen Aufgaben zu fokussieren und
- ausreichende Übergangslösungen vorzusehen
- und die Arbeitspakete abzustecken.

Der Österreichische Städtebund ist auf Basis einer offenen und gleichberechtigten Diskussion gerne bereit, an der Neugestaltung des österreichischen Finanzausgleichs mitzuwirken.

Mit freundlichen Grüßen



OSR Mag. Dr. Thomas Weninger, MLS

Generalsekretär

Ein gleichlautendes Schreiben ergeht an:

- Frau Bundesministerin Maria Fekter, BMF
- Herrn Präsidenten Mödlhammer, Österreichischer Gemeindebund